

## IN EIGENER SACHE

### DANKE und AUF WIEDERSEHEN

Die Zeit war aufregend und spannend. Wie soll das Logo aussehen? Wie wollen wir unsere Publikationsreihen nennen? Eins stand aber fest: Hamburg wird ein Wirtschaftsforschungsinstitut erhalten bleiben. Die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg krönten am 16. März 2005 das Engagement großzügiger Hamburger Persönlichkeiten mit der Gründung des HWWI. Thomas Straubhaar, Gunnar Geyer und Elzbieta Hagemann bildeten das HWWI-Team der ersten Stunde. Alle drei gehören dem HWWI bis heute an.

Heute möchten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des HWWI Prof. Straubhaar und Herrn Geyer anlässlich ihres Ausscheidens auch auf diesem Weg DANKE sagen. Für Ihre Begeisterung, Forschungsideen und Unterstützung. Wir sagen auch AUF WIEDERSEHEN und freuen uns, dass Prof. Straubhaar im Vorstand der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI e.V. (GdFF) und Herr Geyer als Geschäftsführer der GdFF dem HWWI treu bleiben werden. Aufgeregt und gespannt ...

## IN DIESER AUSGABE

Versicherungen in Zeiten  
der Krise Seite 1/2

Deutschland 2030 – Florierende  
Metropolregionen haben im  
Wettbewerb um Köpfe die  
besseren Karten Seite 3/4

Offshore-Windenergie – Potenziale für  
interregionale Projekte Seite 5

Demografie und Wirtschaft Seite 6

BDO International Business Compass  
2014: Infrastruktur Seite 7

Glückliches Deutschland Seite 8

## WELTWIRTSCHAFT

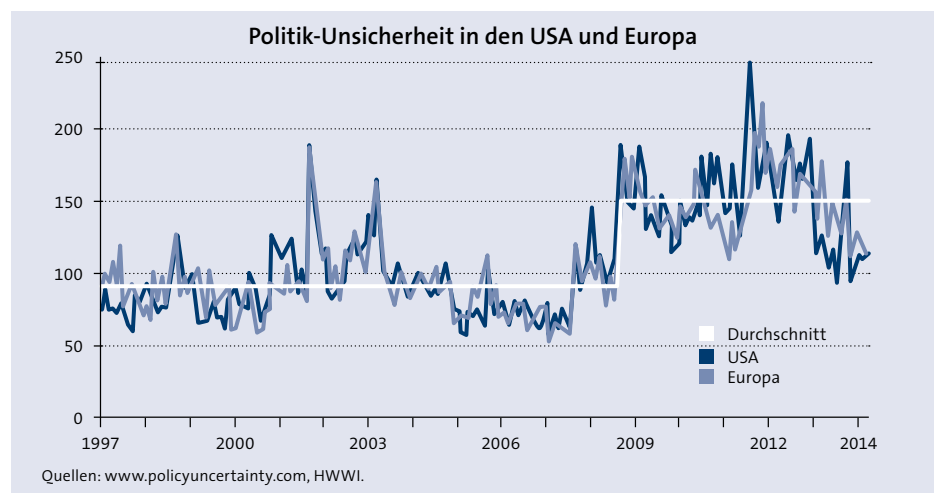
# Versicherungen in Zeiten der Krise

Mit der Studie „Versicherungen in Zeiten der Krise – Szenarien der Weltwirtschaft und Auswirkungen auf das Versicherungsgeschäft“ hat das HWWI im Auftrag von Aon Deutschland die Lage und künftige Entwicklung der Weltwirtschaft in Form von Szenarien analysiert. Vieles deutet auf eine Erholung der Weltwirtschaft nach den langanhaltenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hin. Dennoch sind die Risiken groß. Die anhaltend hohe Unsicherheit bezüglich der globalen Ungleichgewichte und einem Exit der Zentralbanken aus der ultra-lockeren Geldpolitik belastet nicht zuletzt auch das Versicherungsgeschäft. Von Hendrik Hüning und Henning Vöpel

Seit nunmehr über fünf Jahren befindet sich die Weltwirtschaft im „Krisenmodus“ – angefangen von der globalen Finanzkrise über die Staatsschuldenkrise bis hin zur Eurokrise. In dieser Zeit haben die Zentralbanken weltweit die Liquidität mit zum Teil unkonventionellen Maßnahmen ausgeweitet und Regierungen haben erste strukturelle Reformen umgesetzt. Der Weg aus der Krise hin zu einem stabilen Wachstumspfad ist aber weiter ungewiss.

Jüngst deuten viele makroökonomische Indikatoren auf eine breite Erholung der Weltwirtschaft hin. Sowohl aus den USA als auch aus Europa kommen wieder positive Konjunkturdaten. Nachdem die US-

Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2009 schnell von 5 % auf 10 % anstieg, entwickelt sie sich seitdem zwar langsam, aber zumindest kontinuierlich zurück. Bei nun 6,3 % (Mai 2014) liegt sie nahe an der zuvor von der US-Zentralbank (Fed) angestrebten Zielmarke für ein Ende der expansiven Geldpolitik. Auch wenn die Bindung an dieses Ziel von der Fed bereits wieder aufgehoben wurde, ist das Erreichen dieser Marke als Zeichen einer nachhaltigen Erholung der US-Wirtschaft zu sehen. Auch der für die USA so wichtige Bau- und Immobiliensektor zeigt sich nach einer langen Talfahrt nun wieder robuster. Diese und weitere Entwicklungen veranlasste die US-Zentralbank, erste Schritte hin zur Nor-



malisierung der Geldpolitik einzuleiten. Die unkonventionellen Maßnahmen werden zurückgefahren (Anleihekäufe wurden von 85 Milliarden US-Dollar auf heute 35 Milliarden US-Dollar gesenkt). Der Leitzins wird allerdings nicht angerührt. Er verbleibt im Band zwischen 0-0,25 % und wird erst dann erhöht, sobald sich die jüngsten Entwicklungen auch in nachhaltigem Wachstum widerspiegeln.

Auch aus Europa gibt es positive Nachrichten. Sowohl Irland und Portugal als auch Griechenland finanzieren sich nun wieder selbstständig am Kapitalmarkt. Damit einher ging ein Rückgang der Risikoaufschläge auf die Staatsanleihen dieser Länder. Zudem wurden Reformen und Sparmaßnahmen zur Sanierung ihrer Haushalte und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg gebracht. Diese Anzeichen einer inner-europäischen Anpassung dürften die Eurozone weiter stabilisieren. Europa scheint damit zumindest das akute Stadium der Staatsschuldenkrise überstanden zu haben. Die Schwellenländer, vor allem China, weisen insgesamt erneut ein robustes Wachstum auf, wobei sie auch von der Erholung in den USA und Europa profitieren.

Die Erholung der Weltwirtschaft wird aber weiterhin durch erhebliche Risiken begleitet. So haben zum einen die enormen Korrekturanstrengungen in der Eurozone, insbesondere in den Krisenländern, zu einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und einem immer schwächer werdenden Preisauftrieb geführt. Während sich die Arbeitslosenquote nun langsam stabilisiert (11,7 %, April 2014), sank der Preisauftrieb kritisch nahe an die Deflationsgrenze (0,5 %, Mai 2014). Auch wenn Letzteres eher temporärer Natur sein dürfte, veranlasste es doch die Europäische Zentralbank, Anfang Juni 2014 weitere expansive Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Des Weiteren könnte der Exit der Zentralbanken aus der Niedrigzinspolitik selbst zu neuen Verwerfungen an den Finanzmärkten führen, insbesondere aufgrund möglicher Kapitalabzüge aus den Schwellenländern.

Jüngst hat jedes noch so kleine Anzeichen einer Straffung der US-Geldpolitik insbesondere diejenigen Schwellenländer unter Druck gebracht, die hohe Leistungsbilanzdefizite sowie hohe kurzfristige (Portfolio-) Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aufweisen. Mittelfristig stellt auch das Ungleichgewicht zwischen den USA und China ein Risiko für die Weltwirtschaft dar.

**Über die kurzfristige  
Krisenpolitik hinaus können  
nur strukturelle Reformen  
mittelfristig die notwendige  
realwirtschaftliche Orientierung  
geben. Die Politik kann nur  
so glaubwürdig sein und  
Vertrauen schaffen.**

Systemische Risiken und Ansteckungsgefahren können die Krise schnell wieder akut werden lassen. Der Aufschwung kann sich als vor allem liquiditätsgetrieben und nicht durch fundamentale Faktoren getragen erweisen. All diese Risiken erhöhen die Unsicherheit (siehe Abbildung auf Seite 1), welche zur Zurückhaltung bei Investitionen führt, Finanzmärkte sensibel gegenüber neuen Nachrichten macht und den Aufschwung der Weltwirtschaft gefährdet. Zusätzlich schafft das Niedrigzinsumfeld in Verbindung mit dieser Unsicherheit eine gefährliche Diskrepanz im Verhalten der Wirtschaftsakteure. Während private Haushalte risikoscheuer werden, gehen institutionelle Anleger auf der Suche nach Rendite höhere Risiken ein (*search for yield*).

Auch das Versicherungsgeschäft wird von diesen Entwicklungen maßgeblich beeinflusst. Im Niedrigzinsumfeld ist es insbesondere für Versicherungen schwierig,

den Garantiezins ohne größere Risiken erwirtschaften zu können. Im Anlagegeschäft können konventionelle Instrumente des Risikomanagements kaum die komplexen Unsicherheiten abbilden. An ihre Stelle muss eine individuelle, szenarienbasierte Analyse treten. In der Analyse ergeben sich drei Szenarien für die Entwicklung der Weltwirtschaft, die in der Studie näher beleuchtet werden: In einem optimistischen Szenario führt die Erholung zu einem robusten Wachstumspfad, Unsicherheiten reduzieren sich. In einem mittleren Szenario bleibt die Unsicherheit hoch, das Wachstum fragil und mit hoher Volatilität belegt. In einem pessimistischen Szenario herrscht Stagnation, welche von Deflationsrisiken und hoher Arbeitslosigkeit begleitet wird.

Die Versicherungsnachfrage wird dem gegenüber eher von langfristigen Faktoren, wie dem demografischen Wandel, Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowie politisch-regulatorischen Veränderungen im Alterssicherungssystem, bestimmt. Die volkswirtschaftlich wichtige Funktion von Versicherungen, Risiken und deren Folgen beherrschbar zu machen, ist vor weiteren Verwerfungen an den Märkten zu schützen. Ein allmählicher, aber baldiger Ausstieg aus der Krisenpolitik ist daher geboten.

Auch wenn die Weltwirtschaft sich den jüngsten Anzeichen nach auf einem langsamen Pfad der Erholung befindet, wird dieser doch weiterhin von enormer Unsicherheit begleitet. Die anhaltende Niedrigzinsphase, für die durch die jüngsten Entscheidungen der Europäischen Zentralbank vorerst kein Ende absehbar ist, kann potenziell neue Verwerfungen an den Märkten verursachen. Über die kurzfristige Krisenpolitik hinaus können nur strukturelle Reformen mittelfristig die notwendige realwirtschaftliche Orientierung geben. Die Politik kann nur so glaubwürdig sein und Vertrauen schaffen. Gerade für Versicherungen, die die wichtige Rolle der intertemporalen Risikoallokation übernehmen, ist eine schnelle Rückkehr zur Normalität dringend erforderlich.

#### STUDIE

Frieling, J.; Hüning, H.; Straubhaar, T.; Vöpel, H.; Wilke, C. (2014): Versicherungen in Zeiten der Krise – Szenarien der Weltwirtschaft und Auswirkungen auf das Versicherungsgeschäft. Studie im Auftrag von Aon Deutschland, Hamburg. Download unter: [http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/AON\\_HWWI\\_STUDIE.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/AON_HWWI_STUDIE.pdf).

## Deutschland 2030 – Florierende Metropolregionen haben im Wettbewerb um Köpfe die besseren Karten

Bedingt durch den demografischen Wandel, welcher sich insbesondere nach 2020 stark negativ auf die deutsche Erwerbsbevölkerung auswirkt, wird auch die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2030 in Deutschland zurückgehen. Dabei wird sich die Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich entwickeln. Einige wenige Regionen – allen voran die Metropolregion München – können weiterhin mit steigenden Erwerbstätigenzahlen rechnen. In vielen ländlichen, strukturschwachen Regionen ist hingegen ein deutlicher Rückgang zu erwarten. *Von Friso Schlitte*

Die langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland wird zum einen durch strukturelle Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften und zum anderen durch den Rückgang sowie die strukturelle Veränderung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräftepotenzials beeinflusst. Nachfrageseitig spielen insbesondere die Globalisierung der Arbeitsmärkte, der wirtschaftliche Strukturwandel und der damit einhergehende technologische Wandel mit einer zunehmenden Spezialisierung auf die Produktion von wissens- und technologiebasierten Gütern und Dienstleistungen eine Rolle. Wenn die regionale Wirtschaftsstruktur einer Region durch einen hohen Anteil von überdurchschnittlich dynamischen und wettbewerbsfähigen Branchen gekennzeichnet ist, wirkt sich dies positiv auf die Nachfrage nach Arbeit in der Region aus.

Auf der Angebotsseite ist im Zuge des demografischen Wandels bis zum Jahr 2030 mit einem deutlichen Rückgang sowie mit einer Alterung des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland zu rechnen. Bei einem insgesamt schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzial führen regional differierende demografische Entwicklungen sowie die zunehmende Spezialisierung auf sogenannte wissensintensive Wirtschaftsbereiche zwischen den Regionen zu einem Wettbewerb um die Zuwanderung von Arbeitskräften. Von besonderer Bedeutung wird dabei die Entwicklung des lokalen Humankapitalbestands sein, welcher neben anderen regionspezifischen Standortfaktoren einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit hat. Humankapital ist eine wesentliche Einfluss-

größe für die Innovationsfähigkeit und damit für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region und gewinnt dabei im Zuge des strukturellen Wandels hin zu einer zunehmend wissens- und technologiebasierten Produktion an Bedeutung. Deshalb spielt auch die Zuwanderung hoch qualifizierter Erwerbspersonen sowie spezialisierter Fachkräfte – aus dem In- und Ausland – für die regionale Entwicklung eine zunehmend wichtigere Rolle.

Die Attraktivität einer Region für Arbeitskräfte und Unternehmen wird von zahlreichen Standortfaktoren beeinflusst. Diese sind ungleich im Raum verteilt. Zudem verläuft die wirtschaftliche Entwicklung einer Region häufig in andauernden, sich selbst verstärkenden Wachstums- beziehungsweise Abschwungprozessen. Auch in Deutschland zeigen sich die regionalwirtschaftlichen Unterschiede persistent, sodass auch in Zukunft keine wesentliche Annäherung zwischen wachstumsstarken und wachstumsschwachen Regionen zu erwarten ist. Vielmehr muss damit gerechnet werden, dass einige prosperierende Regionen den anderen in der ökonomischen Entwicklung weiter enteilen, während sich andere Regionen in einer andauernden Abwärtsspirale befinden.

In einer Studie des HWWI und der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft werden Szenarien für das Wachstum der Erwerbstätigkeit in den deutschen Kreisen und kreisfreien Städten bis zum Jahr 2030 entwickelt. Im Ergebnis zeigt sich weiterhin ein anhaltendes Ost-West-Gefälle bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Wäh-

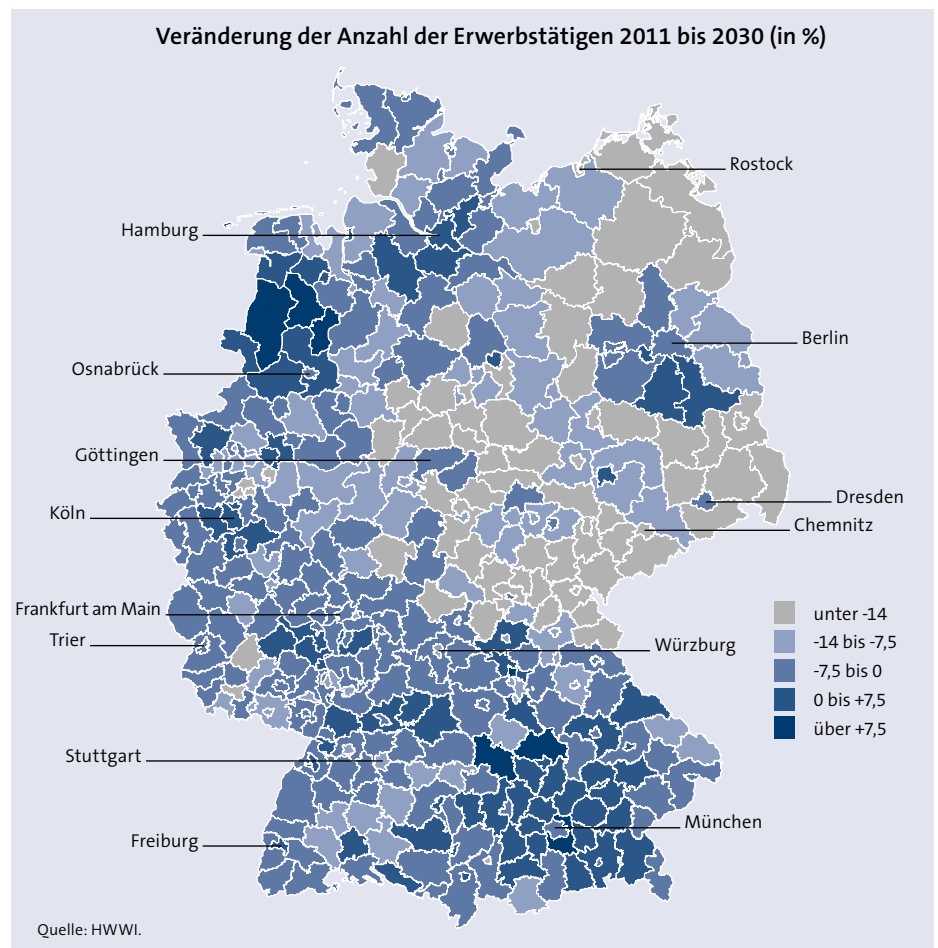
rend die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland nur vergleichsweise leicht um -4,0 % sinken wird, wird die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland um -10,4 % (siehe Abbildung) schrumpfen. Insgesamt ist die Entwicklungsperspektive in den florierenden Metropolregionen – allen voran München – am günstigsten. Diese Regionen werden im Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte und spezifische Fachkräfte, die zum Teil aus dem Ausland kommen werden, die Nase vorn haben. Eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit im peripheren, ländlichen Raum wird eher die Ausnahme darstellen. Hier sind vor allem die Landkreise im westlichen Niedersachsen hervorzuheben, welche neben einer günstigen Bevölkerungsentwicklung und einem hohen Wachstum in den Dienstleistungsbranchen auch eine überdurchschnittlich gute Entwicklung der Erwerbstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe aufweisen. In vielen ländlichen Regionen, die sich fernab der Wachstumszentren befinden, wird die Erwerbstätigkeit bis 2030 dagegen deutlich zurückgehen.

In Hinblick auf steigende regionale Unterschiede stellt sich die Frage, ob und in welchem Maß regionalpolitisch eingegriffen werden sollte. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, dass der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einzuhalten ist. In einigen besonders strukturschwachen, von starker Abwanderung betroffenen Regionen werden insbesondere ältere Menschen und Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen, verbleiben. Diese profitieren zwar von niedrigen Kosten für Wohnraum, aber für die Bereit-

stellung von öffentlichen Gütern stehen den Städten und Gemeinden kaum noch Mittel zur Verfügung. Dies erfordert zum einen, dass die Regionen mit einem Mindestmaß an Transferleistungen regionalpolitisch begleitet werden müssen. Zum anderen müssen die Mittel für regionalpolitische Maßnahmen möglichst effizient eingesetzt werden. Da diese Regionen häufig eine periphere Lage sowie eine ungünstige Branchenstruktur aufweisen, das Produktivitätsniveau gering ist und bereits die qualifizierten Arbeitskräfte abgewandert sind, werden diese Regionen auch zukünftig für Unternehmen keine attraktiven Standorte darstellen. Deshalb werden wirtschaftspolitische Maßnahmen in einigen dieser Regionen kaum dazu geeignet sein – unter angemessenem Aufwand – einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Des Weiteren wird es angesichts eines möglichen Fachkräftemangels oder aufgrund von Arbeitskräfteengpässen in Regionen mit besonders günstiger wirtschaftlicher Entwicklung für Unternehmen wichtig, Arbeitskräfte aus anderen Regionen anzuwerben und deren Mobilitätsbereitschaft zu fördern.

In der Summe kann der positive Effekt einer steigenden Erwerbstätigkeit in den wirtschaftlichen Zentren gegenüber dem negativen Effekt in den strukturschwachen Regionen überwiegen. Eine Arbeitskräftewanderung von strukturschwachen hin zu wirtschaftlich prosperierenden Regionen kann insgesamt zu einer Produktivitätssteigerung und einer positiven Beschäftigungsentwicklung in Deutschland beitragen. Staatliche Maßnahmen der Regionalförderung, welche die Mobilität der Arbeitskräfte bremsen, könnten diesen Gewinnen entgegenwirken. Daher sollte die Mobilität sowie das interregionale *Job-matching* nicht durch negative Anreize gehemmt werden.

Ein gesamtwirtschaftlich vergleichsweise effizienter Einsatz von Mitteln kann die Förderung von zukünftigen, potenziellen Wachstumszentren darstellen, von denen



langfristig auch ein positiver Wachstumstrend auf die wirtschaftliche Entwicklung in umliegenden Regionen ausstrahlen könnte. In den boomenden Metropolen Westdeutschlands tragen heute schon steigende Kosten der Agglomeration, wie beispielsweise die hohen Lebenshaltungskosten, dazu bei, dass neue Produktion im ländlichen Raum unweit der Zentren entsteht.

Auch in Ostdeutschland kann die vergleichsweise hohe Attraktivität großer Städte für Arbeitskräfte und Unternehmen künftig dazu führen, dass nahe gelegene Kreise profitieren. Zum einen werden Bewohner der Umlandkreise in die städtischen Zentren pendeln und dort arbeiten. Zum anderen werden einzelne Firmen ihre Standorte aus den Zentren in das Umland verlagern. Vor allem rund um Berlin ist dieser Trend von Suburbanisierungsprozessen zu beobachten, aber auch Dresden und Leipzig oder das auf wissensintensive Produktion spezialisierte Jena bieten gute Voraussetzungen dafür. Darüber hi-

naus können einige Regionen mit einer bisher schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Dazu muss deren Attraktivität für qualifizierte Beschäftigte verbessert werden, was den Standort wiederum für Unternehmen interessant macht. Neben den ökonomischen Perspektiven spielen dabei die sogenannten weichen Standortfaktoren, wie die Attraktivität der Immobilienangebote, das Angebot von Kultur-, Freizeit-, Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen oder die kulturelle und ethnische Vielfalt, welche das Standortimage positiv beeinflusst, eine wichtige Rolle.

#### STUDIE

Bräuninger, M.; Höhn, A.; Schlitte, F.; Winkeljohann, N. (2014): Deutschland 2030 – Die Arbeitsplätze der Zukunft. Studie im Auftrag von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt. Weitere Informationen: [http://www.pwc.de/de\\_DE/de/offentliche-unternehmen/deutschland-2030-die-arbeitsplaetze-der-zukunft.jhtml](http://www.pwc.de/de_DE/de/offentliche-unternehmen/deutschland-2030-die-arbeitsplaetze-der-zukunft.jhtml).



## Offshore-Windenergie – Potenziale für interregionale Projekte

Am 3. und 4. Juli 2014 hat das HWWI im Auftrag des Maritimen Kompetenzzentrums (MARIKO) einen Workshop zum Thema „Offshore-Windenergie – Potenziale für interregionale Projekte“ in der Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel ausgerichtet. *Von Isabel Süenner*

Bei der Entwicklung konkreter Projektideen für transnationale Kooperationen kommt es zu Beginn der neuen Förderperiode maßgeblich darauf an, frühzeitig strategische Allianzen mit geeigneten europäischen Partnerregionen aufzubauen. Diesem Zweck diente der Workshop, den das HWWI im Rahmen des Projektes „Offshore-Hub Ems-Achse (OHEA)“ für MARIKO und die Hochschule Emden-Leer konzipiert und wissenschaftlich begleitet hat. Zu den 30 Teilnehmern aus zehn verschiedenen Ländern zählten Vertreter von Regionen, Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsverbänden, Clusterorganisationen und Hafenbetreibern sowie der Europäischen Kommission.

Jasmin Battista, Mitglied des Kabinetts von EU-Energiekommissar Günther Oettinger, hielt die Key Note Speech zum Thema „Offshore-Windenergie – Status quo und politische Perspektiven“ und ermöglichte damit zu Beginn eine Einordnung in europäische Politikzusammenhänge. Danach sprach Brendan Devlin, Berater bei der Generaldirektion für Energie der Europäischen Kommission, über technische und politische Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung durch Offshore-Windenergie in der Nordsee in einem industriellen Maßstab.

Mit der neuen Haushaltsperiode hat in Brüssel auch die neue Förderperiode (2014–2020) begonnen. Isabel Süenner, Senior Economist und Vertreterin des HWWI in Brüssel, präsentierte aktuelle Erkenntnisse zur EU-Förderkulisse im Themenfeld „Erneuerbare Energien“. Dabei zeigte sie insbesondere die Forschungsförderung im Rahmen von Horizon 2020 sowie die Schwerpunkte der neuen INTERREG V-Programme auf.

Chris Ashe, Direktor des Greater Manchester Sustainable Engineering University

Technical College, beleuchtete in seinem Vortrag den Status quo und die Entwicklungsperspektiven des Offshore-Windenergiemarktes in Großbritannien. Im nachfolgenden Vortrag stellte Erik Bertholet, Business Manager Logistics bei Groningen Seaports, den Standort Eemshaven als Offshore-Hub an der niederländischen Nordseeküste vor. Dabei erläuterte er Wachstumsperspektiven und nationale politische Rahmenbedingungen für Offshore-Wind.

Carolin Schuback, Vertreterin der Wachstumsregion Ems-Achse, gab einen Überblick über den Status quo und die Potenziale der Offshore-Windenergiebranche in ihrer Region und stellte relevante Ergebnisse aus ihrem aktuellen Projekt „European North Sea Energy Alliance (ENSEA)“ vor. Im Anschluss präsentierte Jonas Katz, Technische Universität Dänemark (DTU), Ergebnisse aus den Forschungsprojekten „South Baltic OFFER“ und „ECOWindS“ zum Thema Offshore-Wind und gab Hinweise auf weitere Forschungsbedarfe.

Als Vertreter der Agentur für regionale Entwicklung West-Flandern (POM) stellte Pieter Mathys das dortige „Blue Energy Cluster“ vor. Er benannte verschiedene Handlungsfelder für interregionale Zusammenarbeit im Bereich Offshore-Wind, darunter Ausbildung, Branding und KMU-Förderung. Rosemarie Frigstad Gee, Projektmanagerin bei Norwegian Renewable Energy Partners (INTPOW), gab eine Standortbestimmung der Offshore-Windenergie in Norwegen. Sie wies insbesondere auf Möglichkeiten hin, die umfangreichen Erfahrungen aus der Offshore-Förderung von Öl und Gas für die Windenergie zu nutzen.

Zu Beginn des zweiten Workshoptages präsentierten Prof. Dr. Jürgen Göken, Hochschule Emden-Leer, und Hauke Groeneveld, MARIKO, Ansatzpunkte für Kostensen-

kungspotenziale im Bereich der offshore-bezogenen Logistik. Jürgen Göken legte dabei ein besonderes Augenmerk auf den Betrieb und die Wartung von Windkraftanlagen. Omar Cutajar vom Malta Business Büro Brüssel warf in seinem Vortrag ein Schlaglicht auf die Entwicklungsperspektiven für Offshore-Windenergie auf einer Mittelmeerinsel. Er ging dabei auch auf Besonderheiten und Unterschiede zu Standorten in der Nordsee ein.

Anschließend begann der interaktive Teil des Workshops, bei dem Dr. Karsten Seidel, IkerConsulting, die Teilnehmer aufforderte, die aus ihrer Sicht größten Herausforderungen im Bereich Offshore-Windenergie zu benennen, Prioritäten zu definieren und ihre Erwartungen an Lösungsansätze im Rahmen eines gemeinsamen EU-Projektes zu formulieren. Die gewonnenen Erkenntnisse werden im Nachgang der Veranstaltung zu konkreten Projektvorschlägen verdichtet; im Herbst ist dann ein Follow-up-Workshop geplant.

Die ersten Ausschreibungen im Rahmen von INTERREG werden zwar erst Ende 2014 erwartet, die Förderprioritäten nehmen jedoch bereits scharfe Konturen an. Die zweite Jahreshälfte muss daher von den regionalen Akteuren intensiv genutzt werden, um ihre thematischen Schwerpunkte und Entwicklungsziele mit denen der EU-Strukturfondsförderung abzugleichen und Potenziale für interregionale Zusammenarbeit zu erkennen. Gerade der Bereich „Eco-Innovation“, eine der Förderprioritäten des neuen INTERREG VB Nordseeraum-Programms, beinhaltet für den deutschen Nordwesten als bedeutendem Standort der Offshore-Windenergie große Chancen.

*Fotogalerie zum Workshop siehe unter: <http://www.hwwi.org/medienservice/hwwi-downloads-und-galerien/fotogalerie.html>.*

## Demografie und Wirtschaft

Bereits zum siebten Mal haben das HWWI und das Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels unter der Leitung von Dr. Christina Boll und Prof. Dr. Thusnelda Tivig am 18. Juni 2014 ein gemeinsames Forschungsseminar veranstaltet. *Von Malte Hoffmann*

Das Forschungsseminar startete mit einem Vortrag von Robert Stelter (Rostocker Zentrum) zu einem Arbeitspapier. Thematisch angesiedelt im Bereich des demografischen Wandels zur Zeit der Verstädterungstendenzen während der industriellen Revolution wurden neue Mechanismen zur sogenannten „Einheitlichen Wachstumstheorie“ vorgeschlagen. Falls die Lohnprämie für Humankapital nur in modernen Volkswirtschaften existierte, so war die Verstädterung eine Vorbedingung für die industrielle Revolution. Weil Fertilität und Überlebenswahrscheinlichkeit in Städten geringer waren, ist es für die Einkommens- und die demografische Entwicklung notwendig gewesen, dass es zu Wanderungen vom Land in die Städte kam.

Anja Rossen (HWWI) berichtete in ihrem Vortrag über Forschungsergebnisse zu Determinanten, die hoch qualifizierte Arbeitnehmer in die Städte locken. Die Forschung knüpft an vorherige Arbeiten an, die sich jedoch auf alle Beschäftigten beziehen. Der Untersuchungsgegenstand in ihrer Analyse ist die Migrationsbilanz von deutschen Städten zwischen 2000 und 2010, Arbeits- und Annehmlichkeitsvariablen fungieren als erklärende Variablen. Die Resultate weisen darauf hin, dass bestimmte städtische Annehmlichkeiten für die Umzugsentscheidung hoch qualifizierter Arbeiter wichtiger sind als für Beschäftigte mit geringerer Qualifikation. Manche der Annehmlichkeitsdeterminanten sind durch Politikmaßnahmen beeinflussbar, sodass sich Handlungsempfehlungen ableiten lassen.

Benjamin Strohner (Rostocker Zentrum) näherte sich der Fragestellung, ob man auf regionaler Ebene mit der Kenntnis des Alters und der bisherigen Kinderzahl die Fertilität von Frauen verschiedener Altersgruppen erklären und voraussagen kann. Anhand von zwei Datensätzen aus Mecklenburg-

Vorpommern wurde der Sachverhalt dazu mit einer zeit- und zustandsdiskreten inhomogenen Markov-Kette modelliert. Gestützt auf die Prognoseergebnisse wird der Prozess des demografischen Wandels besser beschrieben und verstanden. Das Vorgehen erlaubt es zudem, sehr kleinräumige Prognosen, die beispielsweise für die Bedarfsplanung von Infrastruktur genutzt werden können, zu erstellen.

Der Vortrag von Malte Hoffmann (HWWI) beschäftigte sich mit Faktoren des elterlichen Umfeldes hinsichtlich des kindlichen Schulerfolges. Motiviert durch die Beobachtung, dass intergenerationale Bildungsmobilität in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch recht niedrig ist, wurde untersucht, welche Elternhausvariablen substantziell mit Schulerfolg assoziiert sind. Methodisch lag der Fokus auf der Auswertung bestimmter Muster anstatt von Einzelindikatoren. Es konnte festgestellt werden, dass, unabhängig von elterlicher Bildung, bestimmte Freizeitaktivitäten der Eltern sowie deren Einstellungen mit dem kindlichen Schulerfolg assoziiert sind.

Julian S. Leppin (HWWI) stellte Ergebnisse einer HWWI-Studie zur Arbeitskräftemobilität in Europa vor. Die gemeinsame Währung hat der Mobilität innerhalb des Währungsraumes bisher keinen sichtbaren Schub verliehen, die europäischen Arbeitskräfte reagieren jedoch auf die Eurokrise. Sie hat die Wanderungsströme aus den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) umgeleitet: Statt nach Spanien, Irland und Italien gehen Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten nun in weniger krisenbetroffene Länder. Der Strom wird verstärkt durch Süd-Nord-Wanderungen von Bürgern der Krisenländer, die sich in anderen Ländern bessere Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven versprechen. Die Kluft

zwischen angebotenen und arbeitsmarktseitig nachgefragten Qualifikationen ist in den Krisenländern und in der Eurozone insgesamt jedoch rapide angestiegen.

Sabrina Kasch (Rostocker Zentrum) berichtete den Teilnehmern von Projektergebnissen zur außerhäuslichen Mobilität älterer Menschen. Motiviert durch die Erkenntnis, dass Bewegung außerhalb des Haushaltes die nach gegenwärtigem Wissensstand beste Vorbeugung gegen Demenz darstellt, stellte sie anhand von Zeitverwendungsdaten des Statistischen Bundesamtes der Jahre 1990/1991 sowie 2000/2001 vergleichende Analysen vor. Diese wurden getrennt nach verschiedenen Altersgruppen, Geschlecht und Erhebungszeitpunkte durchgeführt.

Eine Gemeinschaftsarbeit mit Prof. Dr. Michael Bräuninger zur Zukunftsfestigkeit europäischer Sozialstaaten stellte Dr. Christina B. Wilke (HWWI) vor. Durch den demografischen Wandel werden die Sozialausgaben für Ältere in vielen Ländern der EU in naher Zukunft enorm ansteigen, sofern keine rechtzeitigen Anpassungen vorgenommen werden. Der Vortrag zeigte auf, mit welchen Konsequenzen der Sozialstaat zu rechnen hat. Da das Ausmaß der Alterung in den einzelnen EU-Staaten und die Höhe der Sozialausgaben unterschiedlich ausfallen, sind die Länder verschieden stark betroffen. Einige Länder haben in den vergangenen Jahren bereits weitreichende Reformen ihrer Alterssicherungssysteme durchgeführt.

### DOSSIER

Eine Zusammenstellung von Publikationen des HWWI zum Thema „Demografie“ finden Sie im Internet unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/publikationen-nach-themen-dossiers/dossiers/demografie.html>.

# BDO International Business Compass 2014: Infrastruktur

Die als BRIC zusammengefasste Ländergruppe Brasilien, Russland, Indien und China hat in den letzten Jahren mit spektakulären Wachstumszahlen Schlagzeilen gemacht. Weniger Aufmerksamkeit wurde bisher der Entwicklung der dortigen Infrastruktur als langfristige Determinante von Standortqualität zugewendet. Im Rahmen des BDO International Business 2014 wurde die Infrastruktur von Ländern in den drei Teilssegmenten Verkehr, Energieversorgung und Information/Kommunikation auf der Basis von Indizes bewertet. *Von André Wolf*

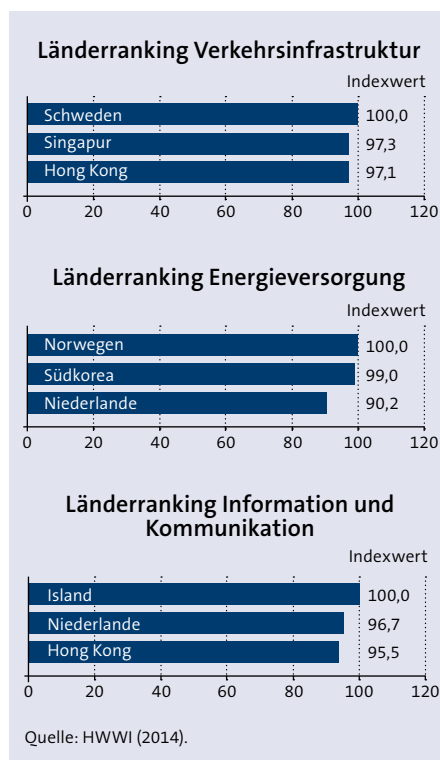
Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur gewährleistet zuverlässige und sichere Transporte und führt nach Erkenntnissen der ökonomischen Literatur auch zu Effizienz- und Produktivitätssteigerungen. Dies haben auch die BRIC-Länder für sich erkannt; ihre Investitionsanstrengungen im Bereich von Straße und Schiene haben sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt. In Anbetracht der Weite dieser Länder ist die Dichte ihrer Verkehrsnetze allerdings nach wie vor eher gering. Auf die höchste Straßen- und Schienennetzdichte kommt Indien mit 1,26 km Straße bzw. 0,02 km Schiene pro qkm Landesfläche. Räumlich besonders schwach ausgebaut ist das Netz dagegen in Russland mit 0,06 km Straße bzw. 0,006 km Schiene pro qkm.

Einen wichtigen Standortfaktor stellt neben den Kapazitäten auch die Qualität der angebotenen Infrastrukturservices dar, wie sie zum Beispiel durch die Teilindizes des Logistics Performance Index der Weltbank auf einer Skala von 1-5 ausgedrückt wird. In den zentralen Kategorien Infrastrukturqualität, Kompetenz des Logistiksektors und Pünktlichkeit von Warenlieferungen erreichte China hier 2012 mit Werten von 3,47-3,61 bereits ein Niveau im Bereich der meisten OECD-Länder. Brasilien (3,07-3,12) und Indien (2,87-3,14) können hier noch nicht mithalten. Besonders groß ist der Rückstand Russlands (2,45-2,65). Ein vergleichbares Gefälle ergibt sich bei der Analyse der Kostenseite des Gütertransports. Nach Weltbankschätzungen weist trotz seiner Größe hier nur China ein international wettbewerbsfähiges Kostenniveau auf. China liegt vor diesem Hintergrund in der Teilsäule Verkehr des BDO Infrastrukturindex global immerhin auf Rang 22, Russland dagegen erreicht unter 165 Ländern nur Platz 114 (globale Top 3 siehe Abbildung).

Der Aufstieg der Schwellenländer hat den weltweiten Hunger nach Energie zuletzt noch verstärkt. Für diese Entwicklung ist trotz der Neige gehender Ressourcen auch in Zukunft keine Umkehr zu erwarten. Eine herausragende Bedeutung kommt dabei der elektrischen Energie zu: Ohne eine kontinuierliche und zuverlässige Stromversorgung sind die meisten höheren Wirtschaftsaktivitäten undenkbar. Die BRIC-Staaten schneiden in dieser Hinsicht relativ unterschiedlich ab. Russland verfügt im internationalen Vergleich mit einer Pro-Kopf-Kraftwerkskapazität von 1.560,7 Watt (W) über relativ gut ausgebaute Erzeugungskapazitäten. China (733,9 W) und Brasilien (565,6 W) liegen hier global nur im Mittelfeld. Die Kapazität Indiens ist schließlich mit 166,9 W in Pro-Kopf-Relation international stark unterdurchschnittlich. Auch hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Stromversorgung hat Indien mit einer großen Zahl regionaler und überregionaler

Stromausfälle noch nicht den Anschluss gewonnen. Die Versorgungsqualität in China und Russland aber liegt statistisch gesehen auf OECD-Niveau. Im Teilindex Energie des BDO Infrastrukturindex erreicht Brasilien global mit Platz 20 unter den BRIC-Ländern die beste Platzierung, Indien rangiert dagegen nur auf Platz 67.

Kaum ein Wirtschaftszweig hat in der letzten Dekade eine ähnlich rasante und globale Entwicklung genommen wie der Informations- und Kommunikationssektor (IuK). Die Anzahl der Internetnutzer hat sich in diesem Zeitraum mehr als verzehnfacht. Auch die BRIC-Staaten haben an dieser Entwicklung partizipiert, der Aufholprozess gegenüber den Industrieländern ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen. Während in den klassischen Industrienationen im Schnitt mehr als 70 % der Einwohner regelmäßig das Internet nutzen, lag dieser Wert nach Schätzungen des World Economic Forums 2012 in den BRIC-Ländern bei durchweg unter 50 %. Russland schneidet hier mit einem geschätzten Wert von 49 % noch am besten ab, gefolgt von Brasilien (45 %) und China (38,3 %). In Indien liegt der Anteil sogar nur bei etwa 10 %, obwohl dort die Kosten der Nutzung digitaler Technologien im Vergleich zu den anderen BRIC-Staaten eher niedrig sind. Insgesamt erreicht in der Kategorie IuK des BDO Infrastrukturindex nur Russland (49) global einen Platz in den Top 50, Indien belegt als schlechtestes BRIC-Land nur Platz 90.



**STUDIE**  
 Kruse, S.; Wenzel, L.; Wolf, A. (2014): BDO International Business Compass 2014. Studie im Auftrag der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Studie und weitere Informationen finden Sie auf [www.bdo-ibc.de](http://www.bdo-ibc.de).

# Glückliches Deutschland

Als vor neun Jahren das HWWI gegründet wurde, war Deutschland der „kranke Mann“ Europas. Die Arbeitslosigkeit überschritt die fünf Millionengrenze. Pessimismus dominierte das Lebensgefühl. Angst vor der Globalisierung und Sorge vor dem Strukturwandel prägten die wirtschaftspolitischen Diskussionen. Seither hat sich sowohl die Selbst- wie auch die Fremdwahrnehmung völlig verändert. *Von Thomas Straubhaar*

Deutschland ist zum Kraftwerk der Weltwirtschaft geworden. Es hat sich in ein europäisches Gravitationszentrum verwandelt – wirtschaftlich, aber ebenso politisch. Auch wenn die britische Zeitschrift „Economist“ Deutschland als „widerwilligen Hegemon“ bezeichnet – nichts geht ohne ein deutsches „Ja“ und kein anderes Land hat die finanzielle Stärke, die immer noch schwache europäische Wirtschaft zu stabilisieren.

Welches Potenzial Deutschland hat, zeigt ein Blick auf die Statistik. Die Industrie ist international in herausragendem Maße wettbewerbsfähig. Das sorgt für steigende Umsätze und damit stabile Beschäftigungsverhältnisse. Während in der übrigen Eurozone immer noch viel zu viele Menschen ohne Job sind und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch bleibt, bricht hierzulande die Beschäftigung alle bisherigen Rekorde. Nicht die Arbeit geht uns aus, sondern die Arbeitskraft. Vollbeschäftigung wird möglich. „Arbeit für alle“ ist nicht ein utopisches, sondern ein realistisches Ziel.

Eine große Koalition von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat in der letzten Dekade jene strukturellen Reformen und Modernisierungsschritte umgesetzt, die allen anderen Euro-Ländern noch mehr oder weniger bevorstehen. Agenda 2010, die Lohnzurückhaltung der Belegschaften und die Leistungsbereitschaft des Mittelstandes haben uns weltweit in höchstem Maße wettbewerbsfähig gemacht. *Made in Germany* bleibt auf den globalisierten Absatzmärkten das Maß aller Dinge – nun auch im Fußball.

Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist der Lohn für die ge-

meinsamen Reformanstrengungen. Seit der Weltwirtschaftskrise beginnen die Reallohne, nach einer langen Phase der Zurückhaltung nun wieder moderat zu steigen. Vor allem aber führen die steigenden Beschäftigungszahlen dazu, dass sich mehr Deutsche aus eigener Kraft und Leistung ihren Lebensunterhalt und ihren Konsum finanzieren können. Einmal mehr zeigt sich, dass mehr Arbeit für weniger Sozialfälle sorgt. Eine gute Wirtschaftspolitik ist immer noch die beste Sozialpolitik. Deshalb ist es ein Irrweg, wenn die Große Koalition das Reformrad zurück, anstatt nach vorne dreht und das Rentenalter nach unten, statt nach oben verändert.

## Der Erfolgskurs der letzten Dekade spricht für sich. Selbst für einen Eidgenossen ist Deutschland ein wunderbares Land.

Aber nicht nur wirtschaftlich geht es Deutschland gut. Das Fundament des Wohlstands ist viel breiter. Die heutige Generation erlebt die längste Phase des Friedens der deutschen Geschichte. Kein Krieg und keine Angst vor Staatsterror, Bürgerkrieg oder politischer Gewalt machen Deutschland zu einem friedlichen Land. Noch nie konnten Kinder und Jugendliche so wohlbehütet erwachsen werden.

In den letzten Dekaden ist Deutschland – gerade auch im internationalen Vergleich mit anderen westlichen Demokratien – zu einem von Toleranz und Modernität geprägten Land geworden, in dem alle sagen und vor allem auch tun dürfen, was sie denken. Nirgendwo werden Andershandelnde, Außenseiter und von allgemeinen Normen und Werturteilen abweichende Min-

derheiten rechtsstaatlich besser geschützt und gesellschaftlich offener toleriert. Auch das sind exzellente Voraussetzungen, um als Gesellschaft in einer Welt erfolgreich zu bleiben, die nicht nur in Deutschland bunter und vielfältiger werden wird.

Zwar ist Deutschland heute weit von den paradisischen Zuständen der alten Bundesrepublik der 1980er Jahre entfernt. Man muss härter und länger arbeiten und die wirtschaftliche Sicherheit von damals ist durch ständige Unruhe, Job- und Ortswechsel ersetzt worden. Noch werden zu viele Potenziale verschwendet, weil sie nicht oder falsch beschäftigt sind. Zu viele haben zu wenig, um eigenständig in Würde und Anstand leben zu können.

Aber richtig ist eben auch, dass gegenwärtig mehr Menschen Arbeit haben als jemals zuvor in Deutschland. Frauen haben heutzutage mehr Chancen als ihre Mütter, gleichzeitig in Familie und Beruf erfolgreich zu sein. Ältere werden nicht mit 55 in Frühruhestand geschickt, sondern bis 70 und darüber hinaus gebraucht. Und selbst Menschen mit Migrationshintergrund sind heute besser integriert als früher.

Der Erfolgskurs der letzten Dekade spricht für sich. Selbst für einen Eidgenossen ist Deutschland ein wunderbares Land. Vielleicht gibt es etwas weniger Demokratie als in Helvetien mit seinen direkten Volksinitiativen und Referenden sowie der eigenen Steuerhoheit von Gemeinden und Kantonen. Dafür aber besteht in Deutschland ein ausgeprägtes Bewusstsein für den Rechtsstaat, Gerechtigkeit und damit den Sozialstaat. Und vor allem ist Deutschland Fußballweltmeister geworden. Mehr geht nicht!